

Eine Einwanderungspolitik für Deutschland?

Suche nach Auswegen aus Gewaltneigung und Fremdenhass

Drei Jahre nach der *Wiedervereinigung* ist Deutschland mit sich selbst noch nicht ins reine gekommen. Der Kraftakt von 1990, mit dem die Deutschen die unerwartete historische Gelegenheit ergriffen und sich den langgehegten, aber nie anders als rhetorisch verfolgten Wunsch nach der staatlichen Einheit erfüllten, hat nach dem Abklingen der Euphorie verbreitete Unsicherheit und Ungewissheit hinterlassen. Die Bewältigung der katastrophalen wirtschaftlichen Hinterlassenschaft des Kommunismus und das Zusammenführen zweier deutscher Gesellschaften unterschiedlicher politischer Herkunft erwiesen sich als weit schwieriger und langwieriger, als erwartet worden war. Wer geglaubt hatte, dass die demokratischen Kräfte der alten Bundesrepublik und der neu hinzugekommenen Länder im Glanz des neuen Glücks rasch ein blühendes deutsches Vaterland aufbauen würden, sah sich durch hässliche Streitereien und unnötige Missverständnisse, durch gegenseitige Vorwürfe und starre Erwartungshaltungen enttäuscht. Bedenklich und beunruhigend aber wirkte vor allem das nach dem Zusammenschluss sichtbar verstärkte Auftreten von *Rechtsextremismus und Fremdenhass*.

Verunsicherung

Eine kaum überschaubare Menge von Publikationen auf dem deutschen Büchermarkt befasst sich zurzeit mit der Frage, ob nicht die Deutschen mit der Wiedervereinigung eine Wandlung zum Schlechteren durchgemacht hätten, ob nicht die neue Bundesrepublik im Gegensatz zur alten vom Geist eines nicht überwundenen Nationalismus infiziert sei, der für die Zukunft Europas in Ost und West Böses erahnen lasse. Bei denjenigen, die die Frage bejahen, gelten die brennenden Ausländerunterkünfte von Hoyerswerda, Rostock und Mölln als Fanal, das den Fortbestand der hässlichen Seiten des Deutschtums anzeigt und selbst eine Wiederkehr der nationalsozialistischen Barbarei als möglich erscheinen lässt. Eine nüchternere Betrachtung sieht die Ausschreitungen und das Klima, aus dem sie erwachsen, mehr als Folge einer tiefgreifenden Verunsicherung, die aus Versäumnissen der Politik erwachsen ist, Versäumnissen bei der Bewältigung der Vereinigungsfolgen, aber weit mehr noch bei der Gestaltung der Verhältnisse zwischen eingesessenen Deutschen und den *Zuwanderern* ausländischer, aber auch ehemals deutscher Herkunft.

Zwiespalt in der Asylpolitik

In der Frage der konkreten Anwendung des *Asylrechts* für politisch Verfolgte haben sich die beiden grossen politischen Lager der Bundesrepublik lange gegenseitig blockiert und damit eine Situation entstehen lassen, in der der Eindruck einer nicht mehr kontrollierbaren «Flutwelle» von Asylbewerbern entstand, deren grosse Mehrzahl den Nachweis politischer Verfolgung nicht zu erbringen vermag. Mit der schematischen Zuweisung von Kontingenten an die zur Aufnahme verpflichteten Städte und Gemeinden wurden an vielen Orten Reibungen programmiert, insbesondere in den neuen Bundesländern, wo es an Erfahrungen mit Ausländern fehlte und viele Kommunen auch in materieller Hinsicht überfordert waren.

Zu Spannungen kam es nicht nur zwischen Fremden und Einheimischen, sondern auch zwischen idealistischen Deutschen, die alle Asylbewerber als Flüchtlinge aus benachteiligten Zonen der Erde betrachten wollten, und jenen Realisten, die sich fragten, warum gerade diejenigen Einlass und vorläufige Duldung finden sollten, welche sich auf eine Verfolgung berufen, die sie in den wenigsten Fällen glaubhaft zu machen vermögen. In der hitzig geführten Debatte um das *Asylrecht* standen sich gegenüber die *moralische Rigorosität* derjenigen, die jedem Einlass gewähren wollten, um ja keinen wirklich Verfolgten auszuschliessen, und der *Pragmatismus* derer, die angesichts der geringen Abschiebungsquoten eine faktische Zuwanderung nach Deutschland konstatierten, die von den Verfassern des Asylartikels im Grundgesetz so nicht gemeint sein konnte. Den Hinweis der einen auf den verbreiteten Missbrauch des *Asylrechts* empfanden die andern als Aufhetzung zum Hass gegen Fremde allgemein. Und Warnungen vor Überfremdungsängsten in der Bevölkerung galten wiederum als Anzeichen eines nationalistischen Ungeistes.

Planung statt blosser Reaktion

Der mit viel Emotionen und unscharfen Argumenten geführte Streit ist durch die Grundgesetzänderung vom Sommer 1993 und die Anpassung des *Asylrechts* an den Standard der meisten westeuropäischen Staaten nicht beendet worden. Der inzwischen eingetretene Rückgang der Bewerber-

zahlen hat die Maschinerie der Unterbringung und Überprüfung immerhin etwas entlastet. Das sollte Raum schaffen für eine grundsätzliche Überprüfung der Bedingungen, unter denen Zuwanderung nach Deutschland stattfindet. In zwei Publikationen der jüngsten Zeit werden in auffälliger Übereinstimmung bedenkenswerte Überlegungen zur Gestaltung einer Einwanderungspolitik angestellt, die den offensichtlich unaufhaltsamen Migrationsdruck auf das reiche Deutschland kanalisieren und den Staat verpflichten würde, die Integration der Zuwanderer zu fördern. Die Ausländerbeauftragte der Bundesregierung, *Cornelia Schmalz-Jacobsen*, in einer Programmschrift¹ und eine Gruppe von deutschen Soziologen und Politologen um den Migrationsforscher *Klaus J. Bade* von der Universität Osnabrück in einem von 60 Gleichgesinnten unterzeichneten Manifest² plädieren für eine Abkehr vom bisherigen Ausländerrecht, für eine Politik der geplanten Zuwanderung und der erleichterten Integration sowie für eine neue Regelung des Staatsbürgerschaftsrechts für in Deutschland geborene Ausländer einschliesslich der Zulassung der doppelten Staatsbürgerschaft.

Differenzierte Integration

Die Anwerbung von Gastarbeitern für die deutsche Industrie erfolgte in den fünfziger und sechziger Jahren auf Grund der Annahme, dass die zur Erwerbsarbeit ins Land Gerufenen früher oder später in ihre Heimat zurückkehren würden. Es wurde kein Zwang zur Rückwanderung ausgeübt, auch dann nicht, als mit der Ölkrise von 1974 die Anwerbung gestoppt wurde und als sich angesichts der geschlossenen Tore die Mehrzahl der schon in Deutschland Befindlichen zum Bleiben entschloss. Ihr Verbleiben wurde geduldet, erhielt aber auch keine neue Basis – mit dem Resultat, dass heute die Nachkommen in der zweiten und dritten Generation in Deutschland leben, sich dort zu Hause fühlen, aber den Ausweg aus den Ausländerghettos nicht finden und, weil sie die Sprache nicht beherrschen, auch nicht in die alte Heimat zurückkehren können. Die Ausländerbeauftragte wie auch «die 60» halten wenig von einer forcierten Integration, die Ausländern eine deutsche Nationalkultur aufzwingen möchte. Sie grenzen sich aber auch gegen Bestrebungen ab, die die «multikulturelle Gesellschaft» in Deutschland zum ideologischen Ziel erheben und die Gefahr in Kauf nehmen, dass kulturelle Unterschiede entlang territorialer Abgrenzungen zu permanenten Konflikten führen. Für *unterschiedliche Lebensweisen* soll genügend Platz eingeräumt werden, am Ziel einer Eingliederung in einen Raum *gemeinsamer Sprache* und *gemeinsam akzeptierter Verfassungsgrundsätze* wird jedoch festgehalten.

Die politische Konjunktur in Deutschland ist der Verwirklichung einer Einwanderungspolitik nicht günstig. Die Regierung Kohl - Kinkel beharrt auf der von den Fakten längst widerlegten These, dass Deutschland *kein* Einwanderungsland sei, und sucht sich damit eine Debatte vom Leibe zu halten, die im Superwahljahr 1994 rechten Gruppierungen Auftrieb verleihen könnte. Auch die sozialdemokratische Opposition, die nach langem Sträuben, um nicht ins Abseits zu geraten, der Verschärfung der Asylgewährungspraxis zugestimmt hat, hält sich zurück. Doch die neue Bundesregierung, wer auch immer sie stellen wird, dürfte das emotional beladene Thema so oder so auf ihrer Tagesordnung finden.

Programmatischer Optimismus

Stellvertretend für andere sei hier, in zufälliger Auswahl, auf eine Reihe anderer Publikationen zum Asylthema, sämtliche im Taschenbuchformat, hingewiesen. Ein Sammelbändchen *«Integration ist machbar»*³ vereinigt Berichte von der Front der Begegnungen zwischen Ausländern und Deutschen und sucht praktische Ratschläge zu vermitteln. Eine Textsammlung *«Europa gegen den Rest der Welt»*⁴ erweckt den Eindruck, dass Migrationspolitik mit der Forderung *uneingeschränkter Öffnung* der Grenzen zum Aktionsfeld einer durch den Untergang des Sowjetkommunismus frustrierten Linken geworden ist. Ausgangspunkt für die Herausgeber ist die Befürchtung, dass das vereinigte Europa einen sich nach aussen abschliessenden Nationalismus hervorbringen werde.

Keine unbegrenzte Öffnung

Eine weitere, im Benziger-Verlag erschienene Sammlung zum Asylthema⁵ enthält Beiträge von Flüchtlingen über ihre Schicksale, untermischt mit Stellungnahmen von Schriftstellern, Theologen und Politikern. Darin findet sich auch ein Beitrag des schweizerischen Schriftstellers *Adolf Muschg*, der für die westlichen Industrieländer und ausdrücklich auch für die *Schweiz* eine bewusst gestaltete Einwanderungspolitik fordert. Muschg räumt unter Zitierung eines eigenen, älteren Textes aus der Zeit um 1980 ein, dass er heute, unter dem Zwang der Verhältnisse, an der idealistischen Ansicht nicht länger festzuhalten vermag, die Schweiz sollte nicht zwischen echten und unechten Flüchtlingen unterscheiden, sondern ihre Tore für die Benachteiligten der Welt weit öffnen. Inzwischen sieht er ein, dass «politische Rhetorik wohlfeil» geworden ist. «Sie kann uns weder die Angst ausreden – vor Überfremdung, Identitätsverlust, sozialen Krisen bis zum Bürgerkrieg, Destabilisierung des politischen Systems und der staatlichen Gewalten –, noch kann sie uns Hoffnung auf absehbare günstige Veränderungen machen.» Muschg möchte durch eine abgestufte Immigrationspolitik den Zustrom kanalisieren, zugleich aber auch gewährleisten, dass die Zugelassenen eine reelle Chance nicht nur zum Bleiben, sondern zur Integration erhalten. Damit, so glaubt er, könne vielleicht der Staat gegen die krassen Ausbrüche von Fremdenfeindschaft «geimpft» werden.

Der Beitrag des Schweizer zur bundesdeutschen Debatte zieht aus dem überhandnehmenden Migrationsdruck die gleiche Lehre wie «das Manifest der 60» und die Programmschrift der deutschen Ausländerbeauftragten. Ebenso wie in Deutschland muss diese allerdings auch in der Schweiz gegenwärtig als politisch nicht opportun gelten. Eine ernsthafte Diskussion darüber, im Vorfeld der politischen Willensbildung, könnte aber nicht schaden.

Christian Kind

¹ Cornelia Schmalz-Jacobsen, Holger Hinte, Georgios Tsapanos: Einwanderung – und dann? Perspektiven einer neuen Ausländerpolitik. Knauer, München 1993. Fr. 13.90.

² Klaus J. Bade (Hrsg.): Das Manifest der 60. Deutschland und die Einwanderung. C. H. Beck, München 1994. 231 S., DM 14.80.

³ Wolfgang Benz (Hrsg.): Integration ist machbar. Ausländer in Deutschland. C. H. Beck, München 1993. 189 S., DM 19.80.

⁴ Christoph Butterwegge / Siegfried Jäger (Hrsg.): Europa gegen den Rest der Welt? Flüchtlingsbewegungen – Einwanderung – Asylpolitik. Bund-Verlag, Köln 1993.

⁵ Johanna Jäger-Sommer (Hrsg.): Asyl. Fremde in der Festung Europa. Benziger-Verlag, Zürich 1993.